

BENJAMIN ZIEMANN

## Massenbewegungen der Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg

### Der Aprilstreik 1917

Die Massenbewegungen der deutschen Arbeiterschaft seit 1917 sind ein wichtiges Kapitel der Sozialgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg, nicht nur, aber auch im Hinblick auf ihre Rolle in der Vorgeschichte der Revolution von 1918/19.<sup>1</sup> Den ersten Höhepunkt dieser Massenbewegungen bildete der Aprilstreik 1917 in Berlin und Leipzig. Anders als der relativ gut untersuchte Januarstreik des Jahres 1918 hat er in der Forschung bislang nur relativ geringe Aufmerksamkeit gefunden.<sup>2</sup> Es ist das Ziel dieses Beitrags, durch eine genauere Untersuchung des Aprilstreiks zu einem besseren Verständnis der Massenbewegungen im Ersten Weltkrieg beizutragen. Ich verwende diesen vielleicht etwas veraltet anmutenden Begriff hier, da er den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Formen des Protests hervorhebt, welche während der Kriegs- und Revolutionszeit auftraten. Neben

- 
- 1 Vgl. immer noch grundlegend: *Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup*, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: PVS 13, 1972, S. 84–105; *Klaus Tenfelde*, Massenbewegungen und Revolution in Deutschland 1917–1923. Ein Forschungsüberblick, in: *Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner* (Hrsg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen, Wien/Köln 1991, S. 9–15. Die beste Regionalstudie ist *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981; vgl. *ders.*, Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914–1918. Das Beispiel Braunschweig, in: AfS 17, 1977, S. 337–366. – Der vorliegende Aufsatz ist im Zuge der Arbeit an einer Gesamtdarstellung zur Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg entstanden: *Benjamin Ziemann*, Vom Burgfrieden zur Novemberrevolution. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1914–1918, Bonn 2025 (in Vorbereitung). Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat meine Forschungen 2021 mit einem Reisestipendium unterstützt, Till Kössler hat mir an seinem Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hervorragende Arbeitsbedingungen geboten. Beiden gilt mein herzlichster Dank. Klaus Weinhauer danke ich für hilfreiche Hinweise zu einer ersten Fassung dieses Textes.
  - 2 Als kurzer, inzwischen überholter Überblick: *Susanne Miller*, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 290–296. Zu Berlin vgl. *Dirk H. Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918: Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, S. 295–305; zu Leipzig: *Karsten Rudolph*, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923), Weimar 1995, S. 133–140; *Sean Dobson*, Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship, New York 2001, S. 167–170. Die älteren Studien aus Sicht der DDR-Historiografie sind aufgrund ihrer extremen Überzeichnung des Einflusses der Spartakusgruppe nur noch als Materialsammlung zu gebrauchen. Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, 2. Aufl., Berlin 1970, S. 676–695; *Heinrich Scheel*, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 3–88; *Erwin Winkler*, Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss., Berlin 1964, S. 291–334; *Kurt Schneider*, Der politisch-ideologische Differenzierungsprozeß in der Leipziger Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges, Diss., Leipzig 1964, S. 172–217.

Arbeitskämpfen und politischen Streiks zählten dazu auch Demonstrationen und Lebensmittelunruhen sowie andere Formen des Konsumentenprotests.<sup>3</sup> Zugleich weist der Begriff darauf hin, dass die massenhafte Beteiligung ein wichtiges Merkmal dieser Bewegungen war und sie damit von Streiks unterscheidet, die auf einzelne Betriebe beschränkt blieben.

Die Geschichte des Aprilstreiks wird hier vor dem Hintergrund von Fragestellungen analysiert, die für die Erforschung von Streiks in der Zeit seit 1914 generell von Bedeutung sind. Dazu zählt zunächst die Frage, ob für Arbeitskämpfe im Kern ökonomische Motive leitend waren oder ob sie auch eine politische Dimension beziehungsweise politische Ziele hatten.<sup>4</sup> Der Aprilstreik hatte gewiss bereits deshalb eine »eminent politische Qualität«, weil die Beschwerden über eine unzureichende Nahrungsmittelversorgung, die sein Auslöser waren, »ursächlich mit dem Krieg zusammenhängen«. Insofern trifft die Feststellung zu, dass auch reine »Ernährungsstreiks« der Sache nach »latente Antikriegsstreiks« waren.<sup>5</sup> Aber damit ist nur eine Funktion beschrieben, die der Streik aus Sicht der Behörden annahm, nämlich die Legitimität des politischen Systems infrage zu stellen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der Arbeitskampf auch aus Sicht der Streikenden eine politische Zielsetzung aufwies, die sie in Forderungen, Parolen oder Zwischenrufen in Belegschaftsversammlungen äußerten.

Eine zweite Fragestellung betrifft den Charakter der Freien Gewerkschaften als »Disziplinierungsagentur« im Krieg.<sup>6</sup> Im Zuge des Burgfriedensschlusses hatte die Generalkommission der Freien Gewerkschaften im August 1914 einen Verzicht auf Angriffsstreiks während des Kriegs beschlossen. Lokale Gewerkschaftsbeamte unterstützten weiterhin Arbeitskämpfe und übernahmen im Namen der Streikenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder den Militärbehörden, die sich nicht erst seit dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes im Dezember 1916 zu einer wichtigen Instanz für die Regulierung von Arbeitskonflikten entwickelten. Zur Debatte steht hier, ob die Gewerkschaftsverbände – im Fall des Aprilstreiks der Deutsche Metallarbeiter-Verband (DMV) – auf Streiks »mit einer Kombination von Abwiegung und

3 Zu Konsumentenprotesten von 1914 bis 1923 vgl. *Belinda J. Davis*, *Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin*, Chapel Hill/London 2000; *Robert Scholz*, *Ein unruhiges Jahrzehnt. Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923*, in: *Manfred Gailus* (Hrsg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße*, Berlin 1984, S. 79–123; *Molly Loberg*, *The Struggle for the Streets of Berlin. Politics, Consumption, and Urban Space, 1914–1945*, Cambridge 2018; *Martin H. Geyer*, *Teuerungspolizei und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung*, in: *Manfred Gailus/Heinrich Volkmann* (Hrsg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 319–345; *Martin H. Geyer*, *Teuerungspolizei, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation: München 1920–1923*, in: *AfS* 30, 1990, S. 181–215.

4 *Gerald D. Feldman*, *Streiks in Deutschland 1914–1933. Probleme und Forschungsaufgaben*, in: *Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann* (Hrsg.), *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*, München 1981, S. 271–286, hier: S. 277.

5 *Hans-Joachim Bieber*, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, Hamburg 1981, 2 Bde., Zitate: S. 442 f.

6 Vgl. als Überblick *Klaus Schönhoven*, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt am Main 1987, S. 94–115, Zitat: S. 106.

Kollaboration mit den Behörden« reagierten.<sup>7</sup> Bestand die Reaktion der DMV-Führung und der Generalkommission auf den Aprilstreik in einer Kombination aus »Herunterspielen der sachlichen Anlässe des Streiks, Zurückhaltung bei der Vertretung der Arbeiterforderungen gegenüber den Behörden« sowie der »Verletzung demokratischer Spielregeln«, gefolgt von einem »Durchhalteappell«?<sup>8</sup>

Schließlich stehen in einer weiteren Perspektive auch die sozialgeschichtlichen Kontexte und Ursachen für die Handlungsfähigkeit der Streikenden zur Debatte. Als wichtiger Faktor, der die Massenbewegungen der zweiten Kriegshälfte und insbesondere die politisch aufgeladenen Massenstreiks seit dem Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht im Juni 1916 ermöglichte, wird oft auf die Umstrukturierung der Arbeiterklasse während des Kriegs verwiesen. Demnach hat es in den Zentren der radikalen Agitation, also den Hochburgen der burgfriedenskritischen SPD-Op-  
position beziehungsweise ab April 1917 der USPD, einen Zustrom jugendlicher und weiblicher Arbeiter gegeben, die den Organisationsroutinen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fernstanden und nicht über deren in jahrelanger Gewerkschaftsmitgliedschaft geprägtes Klassenbewusstsein verfügten. Die »grassroots militancy« der Jahre 1917/18 habe sich aus dem Zusammenwirken der bereits vor 1914 organisierten und damit politisch erfahrenen Arbeiter mit den bis dahin Unorganisierten ergeben.<sup>9</sup> Welche Einsichten in die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen kollektiver Handlungsfähigkeit vermittelt der Aprilstreik in Berlin und Leipzig? Auf die lange diskutierte Frage, ob sich im Zuge des Aprilstreiks in Berlin und Leipzig die ersten Arbeiterräte gebildet haben, gehe ich nicht gesondert ein, da sie bereits abschließend negativ beantwortet worden ist.<sup>10</sup>

Methodisch gesehen knüpft dieser Beitrag an die sozialhistorische Erforschung von Arbeitskämpfen an, die sich seit den 1970er-Jahren als ein wichtiges Feld der Sozialgeschichte etabliert hat.<sup>11</sup> Neuere Zugänge zur Geschichte von Streiks wie die Frage nach der Rolle von Emotionen berücksichtige ich aufgrund des Mangels an geeigneten Quellen nicht.<sup>12</sup> In Berlin und Leipzig nahmen Frauen während des gesamten Verlaufs des Aprilstreiks in großer Zahl teil, wie im Folgenden deutlich werden wird. Sie traten dabei allerdings, soweit es die vorhandenen Quellen erken-

7 *Bieber*, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, S. 289.

8 *Ebd.*, S. 448.

9 *Geoff Eley*, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford 2002, S. 132 f. Eine ähnliche Argumentation, die im Zustrom vor allem jugendlicher und ungelernter Arbeiter in die Kriegsindustrie »eine der tieferen Ursachen« für die »Radikalisierung« der Arbeiterschaft seit 1917 sah, vertritt bereits *Gerhard A. Ritter*, *Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik*, in: *Werner Pöls* (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1979, S. 100–155, hier: S. 101.

10 Dazu abschließend *Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, S. 302–304. Von der Bildung von Arbeiterräten spricht zum Beispiel *Bieber*, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, S. 448.

11 Als Überblick vgl. *Feldman*, *Streiks in Deutschland 1914–1933*; vergleichende Perspektiven bei *Leopold Haimson* (Hrsg.), *Strikes, Social Conflict and the First World War. An International Perspective*, Mailand 1992.

12 Vgl. *Christian Koller*, »Es ist zum Heulen«. Emotionshistorische Zugänge zur Kulturgeschichte des Streikens, in: *GG 36*, 2010, S. 66–92.

nen lassen, nicht als eine eigenständig handelnde Gruppe in Erscheinung.<sup>13</sup> Wie unlängst mit Blick auf die Beteiligung von Frauen an Streiks und Massenprotesten während des Kriegs formuliert worden ist, verstanden sich streikende Arbeiterinnen als Teil der Arbeiterschaft, nicht in erster Linie als Frauen.<sup>14</sup>

Vorab noch einige Bemerkungen zum Kontext: Die Streikbewegungen in der ersten Jahreshälfte 1917 setzten Ende Februar mit Arbeitskämpfen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein, an denen sich bis zu 100.000 Arbeiter beteiligten. Von Mai bis Juli kam es zu Streiks der Bergleute an der Ruhr und im oberschlesischen Revier. Im August traten dann Belegschaften im mitteldeutschen Industrierevier in den Arbeitskampf, darunter allein 16.000 Arbeiter in den Leunawerken. Den Abschluss dieser Streikwelle – und zugleich eine lokale »Vorwegnahme« des noch größeren Massenstreiks im Januar 1918 – markierte der Generalstreik in Braunschweig vom 15. bis zum 18. August.<sup>15</sup> Ihren Höhepunkt erreichte diese Streikwelle in den Tagen seit dem 16. April 1917, als es in Berlin und Leipzig gleichzeitig zu Massenstreiks kam.

### I. Die Kürzung der Brotration und die »Osterbotschaft«

Wie bei vielen anderen Streik- und Protestbewegungen der ersten Jahreshälfte 1917 waren auch beim Aprilstreik Fragen der Lebensmittelversorgung der Auslöser. Am 23. März gaben die Behörden bekannt, dass ab dem 15. April die tägliche Mehrlration von 200 auf 170 Gramm herabgesetzt werde. Hinzu kam die Kürzung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen sowie die Streichung der Zulagen für Jugendliche. Als Kompensation versprachen die Behörden eine bessere Versorgung mit Kartoffeln und eine Erhöhung der wöchentlichen Fleischration um ein halbes Pfund. Selbst die sozialdemokratische Presse, die die Kürzung der Brotration als »notwendig« verteidigte, kam nicht umhin, ihre Besorgnisse über Folgen für die »Stimmung der Bevölkerung« kundzutun und die Verantwortung des Staats für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu betonen.<sup>16</sup>

Seit Anfang April waren die staatlichen Behörden durch zahlreiche aus der Bevölkerung eingelaufene Hinweise und durch die Überwachungsmaßnahmen der Polizei darüber informiert, dass für Montag, den 16. April, Massenstreiks in Berlin

13 Für den Januarstreik 1918 vgl. *Peter Kuhlbrodt*, Die Rolle der proletarischen Frauen im Januarstreik 1918, in: *Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau*, 1980, H. 2, S. 34–51.

14 *Matthew Stibbe/Anna Hammerin/Katharina Hermann* u. a., *Socialist Women and ›Urban Space‹. Protest, Strike and Anti-Militarism 1914–18*, in: *Corinne Painter/Ingrid Sharp/Matthew Stibbe* (Hrsg.), *Socialist Women and the Great War, 1914–21. Protest, Revolution and Commemoration*, London 2022, S. 31–64, hier: S. 64.

15 *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. 2, S. 646 und 694 f.; *Bieber*, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, S. 441 f.; *Boll*, *Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920*, S. 245–249, Zitat: S. 246.

16 Die Brotfrage, in: *Lübecker Volksbote*, 24.3.1917, (Zitat); *Weniger Brot*, in: *Volksstimme* (Magdeburg), 24.3.1917; vgl. *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 13.

und anderen Großstädten geplant waren.<sup>17</sup> Die Regierung versuchte, der Streikbewegung durch die Ankündigung politischer Reformen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg versuchte, Wilhelm II. davon zu überzeugen, die sofortige Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag zu verkünden. Aufgrund des hartnäckigen Widerstands in der Obersten Heeresleitung und bei den preußischen Konservativen war dies nicht möglich. So erging am 7. April eine als Erlass an den Reichskanzler formulierte öffentliche Erklärung von Wilhelm II., in der er die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und Reformen in der Zusammensetzung des Herrenhauses für die Zeit nach Kriegsende in Aussicht stellte, ohne Details zu nennen oder explizit das gleiche Wahlrecht zu versprechen. Dies war die sogenannte Osterbotschaft des Kaisers.<sup>18</sup>

## II. Innergewerkschaftliche Diskussionen

Für den Mehrheitsflügel der SPD war die sofortige Demokratisierung des Wahlrechts nicht nur in Preußen, sondern auch in Mecklenburg, Sachsen und anderen Bundesstaaten sowohl vor als auch erst recht nach dem Aprilstreik eine entscheidende Planke ihres innenpolitischen Reformprogramms, wie Philipp Scheidemann und andere Redner in einer Sitzung des Parteiausschusses am 18. April betonten. Vor dem Streik gab es in den Führungszirkeln von SPD und Generalkommission Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaftsverbände eine öffentliche Erklärung abgeben sollten, die vor einem Arbeitskampf warnte. Leitend dafür war die Überlegung, dass die Gegner einer preußischen Wahlrechtsreform den Streik für ihre Zwecke instrumentalisieren würden. Adolf Cohen, der Berliner Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbands und zugleich Mitglied der Generalkommission, lehnte eine solche Erklärung aber als nutzlos ab und befürchtete zudem, sie würde seine Bemühungen zur Kontrolle und Eindämmung des Streiks torpedieren. Generalkommission und Parteivorstand stimmten dem zu.<sup>19</sup> Die Reichsregierung ging am 14. April auf die SPD-Führung zu und versuchte, sich ihrer Unterstützung bei der Bekämpfung des Streiks zu versichern. Diesem Zweck diene eine Besprechung von Arnold Wahnschaffe, dem Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt, mit Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Beide erklärten Wahnschaffe, es sei »vergeblich«, den Streik verhindern zu wollen. Zugleich forderten sie ihn auf, Reichskanz-

17 Vgl. preuß. Innenminister 7.4.1917 an den Berliner Polizeipräsidenten, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), R 1501/20096, Bl. 112.

18 *Gerald D. Feldman*, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918*, Berlin/Bonn 1985, S. 267–269. Feldman datiert die Osterbotschaft fälschlich auf den 17. April (ebd., S. 269); *Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: 1914–1949, München 2003, S. 138, auf den 18. April. Damit geht der direkte Bezug zur Streikprävention verloren. Text der Botschaft in: *Wolfdieter Bihl* (Hrsg.), *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges*, Darmstadt 1991, S. 264 f. Vgl. *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 15–20.

19 Vgl. *Klaus Schönhoven* (Bearb.), *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, Köln 1985, S. 344–348; *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 20 f.; *Dieter Dowe* (Hrsg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912–1921*, 2 Bde., Bonn 1980, S. 467–470 und 480–482; *Philipp Scheidemann*, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921, S. 63.

ler Bethmann Hollweg die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen die kriegstreibende nationalistische Rechte zu vermitteln, deren annexionistische Forderungen die Stimmung der Massen negativ beeinflussten. Wahnschaffe sollte dem Reichskanzler zudem die Notwendigkeit einer Politik erläutern, die auf »Frieden, Brot und konsequente Demokratisierung« setze.<sup>20</sup> Parallel dazu fanden am selben Tag im Berliner Rathaus Gespräche zwischen Vertretern staatlicher und militärischer Behörden sowie von Funktionären des Berliner DMV und rund 70 Mitgliedern von Arbeiterausschüssen in den Großbetrieben statt, in denen es um die Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln ging.<sup>21</sup>

Anders als bei dem Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht im Juni 1916 ging die Initiative und Vorbereitung des Aprilstreiks nicht von den oppositionellen Obmännern des DMV um Richard Müller, dem Branchenobmann der Dreher im Berliner DMV aus, die 1918 dann als revolutionäre Obleute auftraten.<sup>22</sup> Die Initiative lag vielmehr bei den Belegschaften in den Betrieben, bei denen es vereinzelt bereits im Februar und März zu Arbeitseinstellungen kam. In vielen Betrieben fanden am 12. April Versammlungen statt, die einem Streik am 16. April zustimmten. In einer Sitzung der Betriebsobleute des DMV am 13. April »waren die Ansichten über die Ausführung der geplanten Kundgebung sehr geteilt. Die Mehrzahl der Obmänner war jedoch der Meinung, dass die Bewegung in den Betrieben einen solchen Umfang angenommen habe, dass die Arbeiter nicht mehr zu halten seien«, und beschloss, dass die Arbeiter am Morgen des 16. April die Betriebe verlassen sollten.<sup>23</sup> Die Bildung einer Streikleitung blieb aber in dieser Sitzung noch offen. Am 15. April fanden weitere Treffen statt, darunter eine Generalversammlung der Vertrauensmänner des Berliner DMV. Adolf Cohen gelang es hier – nicht zuletzt aufgrund der zögerlichen Haltung der DMV-Obleute in ihrer Sitzung am 13. April –, die Repräsentation der Streikbewegung bereits vorab unter Kontrolle zu bekommen. Seinem Vorschlag zufolge sandten die etwa 300 am Streik beteiligten Betriebe am 16. April jeweils einen Delegierten in das DMV-Verbandshaus und wählten eine elfköpfige Kommission, die aus acht Delegierten, den beiden Bevollmächtigten des DMV und dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission bestand.<sup>24</sup>

Aus Einsendungen an die Behörden und Berichten über Betriebsversammlungen werden die Erwartungen deutlich, die im Vorfeld des Streiks bestanden. So berichtete ein Postmeister aus dem südöstlich von Berlin gelegenen Ort Storkow den Behörden, dass »Nahrungsmittelmangel« die Ursache für den geplanten Streik sei, und zwar konkret die Beschwerde darüber, dass die »Vorräte auf dem platten

20 Ebd., S. 63 f., Zitat: S. 64. *Feldman*, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918*, S. 270, erwähnt ohne weitere Details ein Treffen von Reichsregierung und Gewerkschaftsführung.

21 *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 21.

22 Zu den Obleuten vgl. *Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, S. 285–294; zu Müller vgl. die biografische Studie von *Ralf Hoffrogge*, *Working-Class Politics in the German Revolution. Richard Müller, the Revolutionary Shop Stewards and the Origins of the Council Movement*, Leiden 2015.

23 Polizei-Präsident Berlin, Abt. VII, 14.4.1917 an das Oberkommando in den Marken, Landesarchiv Berlin (LAB), A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 91 (Zitat); vgl. *Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, S. 295 f.

24 Ebd., S. 297–299.

Lande immer noch nicht erfasst werden«. Es gehe aber auch um das Wahlrecht in Preußen, die »Osterbotschaft« des Kaisers gehe »der Masse nicht weit genug«, die das »allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht« fordere.<sup>25</sup> Eine von mindestens 1.500 Arbeitern besuchte Belegschaftsversammlung der Riebe Kugellagerfabrik in Berlin-Weißensee am 15. April nahm einstimmig eine Resolution an, welche die zwangsweise Beschlagnahme von Lebensmitteln und die Einführung von Massenspeisungen, an denen »jeder, ohne Unterschied von Stand oder Beruf, teilzunehmen hat«, von der Regierung forderte. Zugleich wurde die Anbahnung von Friedensverhandlungen mit Russland gefordert, die zu einem »ehrlichen Frieden« führen solle. Die Arbeiter artikulierten also ihre Forderungen teils im Gegensatz zu den agrarischen Produzenten – wie auch aus Storkow berichtet wurde –, teils im Blick auf die Gleichstellung der städtischen Konsumenten jenseits von »Stand und Beruf«, also mit dem Ziel des Abbaus sozialer Unterschiede in der Konsumtion von Lebensmitteln. Sie bezeichneten ihre Zustimmung zum Streik als Teilnahme an einem »Protest gegen die Regierungsmaßnahmen in der Ernährungsfrage«.<sup>26</sup>

### III. Der erste Streiktag in Berlin

Am ersten Streiktag, dem 16. April, traten in Berlin nach Angaben der Polizei knapp 150.000 Arbeiter in den Arbeitskampf. Der »Vorwärts« nannte am 18. April die Zahl von 210.000 Streikenden, während der Berliner DMV die Zahl der Teilnehmer an den ersten beiden Streiktagen später anhand seiner Unterlagen auf 217.420 bezifferte. Nun streikten in Berlin auch Arbeiter anderer Berufe, vor allem in den Branchen Holz und Papier sowie in Zigarettenfabriken. Die in der Literatur üblicherweise genannte Gesamtzahl von 300.000 Streikenden ist dennoch deutlich überhöht. Sie geht auf die unkritische Übernahme einer Angabe zurück, welche die Spartakusgruppe nach Beendigung des Streiks verbreitete, um ihn als ein »Ruhmesblatt« in der »Geschichte des deutschen sozialistischen Proletariats« glorifizieren zu können.<sup>27</sup> Insgesamt dürfte die Zahl der Streikenden nicht mehr als 230.000 betragen haben. Auch mit einer solchen Teilnehmerzahl war der Aprilstreik die bis dato größte Massenbewegung in Berlin während des Kriegs. Zugleich wird deutlich, dass das im Januarstreik 1918 beobachtbare Mobilisierungsniveau im Frühjahr 1917 noch nicht annähernd erreicht wurde.

Am 16. April, dem ersten Streiktag, gab es in Berlin rund zehn Demonstrationen mit insgesamt etwa 35.000 Teilnehmern, in denen sich jeweils zwischen 500 und 10.000 Arbeiter auf verschiedenen Routen der Innenstadt näherten. Gewaltsame

25 Wilhelm Neumann (Storkow) 12.4.1917 an das Polizeipräsidium Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 56.

26 Schutzmann Jastrow, Bericht über die Versammlung der Arbeiter der Riebischen Fabrik am 15.4.1917, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 120.

27 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1: Juli 1914–Oktober 1917, Berlin 1958, S. 611 und 618–621, Zitat: S. 621. Direkt nach Beginn des Streiks hatte die Spartakusgruppe die Zahl der Streikenden noch auf 200.000 beziffert. Ebd., S. 615; vgl. Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 24–31. Die Zahl von 300.000 zum Beispiel bei Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 441.

Zusammenstöße mit der Polizei blieben aus. Auf dem Rückweg in die Außenbezirke kam es aber wiederholt zu Plünderungen von Bäckereigeschäften.<sup>28</sup> Gerade bei diesen Demonstrationen trat der Bezug zur Verkürzung der Brotration deutlich hervor. Ein Beispiel dafür ist eine Arbeiterin, die verhaftet wurde, nachdem sie einen Stein in die Schaufensterscheibe einer Konditorei in der Leipziger Straße geworfen hatte. Bereits davor fiel sie der Polizei auf, als sie an der Spitze eines aus etwa 400 Personen überwiegend jugendlichen Alters bestehenden Demonstrationenzuges »johlte« und »fortgesetzt« schrie: »Wir wollen Brot haben!«<sup>29</sup> Auch an den Streiks in den Betrieben nahmen Frauen in größerer Zahl statt. Ein Beispiel dafür ist Christine Pieck, geborene Häfker, die Ehefrau von Wilhelm Pieck. Sie arbeitete in der Kriegsküche der Firma Optische Anstalt C. P. Goerz in der Rheinstraße in Friedenau. Als die Arbeiter dieses Betriebes am 16. April in den Ausstand traten, wurde auch in der Kriegsküche aus Solidarität »nicht gekocht«.<sup>30</sup>

Trotz der oft erhobenen Forderung nach Brot ist es unzureichend, den Berliner Aprilstreik als »Brotstreik« zu bezeichnen, wie sich dies in der Literatur eingebürgert hat.<sup>31</sup> Das machen vor allem Belegschaftsversammlungen deutlich, in denen die Beschäftigten die mit dem Streik verbundenen Ziele diskutierten. Bereits an den ersten beiden Streiktagen wurden dort wiederholt Forderungen vorgebracht, die eindeutig politischen Charakter trugen. So kamen die Arbeiter der Telefonapparatfabrik Zwietusch am Morgen des 16. April in zwei überfüllten Versammlungen im Volkshaus der Charlottenburger SPD in der Rosinenstraße zusammen. Gewerkschaftliche Vertrauensleute forderten die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, nur an diesem Tag in den Streik zu treten und nach der Versammlung friedlich nach Hause zu gehen. Durch einen 24-stündigen Streik von etwa 20.000 bis 25.000 Arbeitern, so erklärten sie, solle das Ziel erreicht werden, »nämlich mehr Brod [!]«. Doch dann wurde, offenkundig auf Initiative aus den Reihen der Belegschaft, eine Resolution angenommen, nach der »die Einberufung des Reichstages in die Wege zu leiten wäre, die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen würden mit dem russischen Volke gemeinsame Ziele verfolgen um dadurch den ersehnten Frieden zu erzielen«.<sup>32</sup>

Am selben Morgen fand im Humboldthain eine Versammlung statt, an der etwa 5.000 Arbeiter »beiderlei Geschlechts« – wie der berichtserstattende Polizeileutnant betonte – aus einer Reihe verschiedener Betriebe teilnahmen. Hier sprach ein DMV-Obmann der Werkzeugmaschinenfabrik Hasse & Wrede aus Neukölln zunächst über die Knappheit und »ungerechte Verteilung« der Lebensmittel. Danach führte er aus, dass »man sich auf die Regierung nicht verlassen könne, es daher nicht mehr am Platze wäre, sich von dieser länger am Gängelbände führen zu lassen«. Die knapp halbstündige Versammlung endete mit einem »Hoch auf die in-

28 Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 32–36.

29 Einlieferungs-Anzeige der Arbeiterin Minna Buth v. 16.4.1917, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 654.

30 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 19.4.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 10.

31 Vgl. zum Beispiel Hoffrogge, Working-Class Politics in the German Revolution, S. 42.

32 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 17.4.1917, sowie Bericht des Kriminalbeamten Engelbracht 16.4.1917 (Zitate) an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 392 und 396.

ternationale revolutionäre Sozial-Demokratie«. Unter den Versammelten befanden sich auch zwei Soldaten, die sich die Schulterklappen und die Knöpfe mit der Nummer ihrer Kompanie abgerissen hatten, um von den unter der Menge verstreuten Polizeibeamten nicht identifiziert zu werden.<sup>33</sup> Auch auf einer Versammlung von 12.000 Arbeitern in Schöneweide betonte ein Redner, dass sich der Streik nicht gegen die Direktoren der Betriebe richte, sondern »gegen die Regierung«. Auf seine Frage, was geschehen solle, antworteten viele Teilnehmer mit dem Ausruf: »Stürzt die Regierung!« Der Versammlungsleitung gelang es danach allerdings, einen Forderungskatalog durchzusetzen, der sich auf die Lebensmittelverteilung und eine Verkürzung der Arbeitszeit beschränkte.<sup>34</sup>

Diese aus den Reihen der Belegschaften kommenden Forderungen waren in sich disparat und vage. Wie gegen die Regierung vorgegangen werden solle, blieb offen. Allerdings wurde zumindest bei den Arbeitern der Firma Zwietusch deutlich, dass die russische Februarrevolution dem Verlangen nach Frieden eine neue Dringlichkeit verschaffte und zugleich zumindest implizit die Perspektive einer Revolutionierung auch in Deutschland eröffnete. Es trifft also nicht zu, dass der Streik in der Reichshauptstadt erst ab dem 18. April einen politischen Charakter bekam, als die Berliner Arbeiter die Forderungen der Streikenden in Leipzig aufgriffen.<sup>35</sup>

#### IV. Der Verlauf des Streiks in Leipzig

Der Streik hatte dort ebenfalls am 16. April begonnen. Am dritten Streiktag erreichte er mit angeblich bis zu 30.000 Teilnehmern – auch hier liegen von Behörden-seite deutlich niedrigere Zahlen vor – seinen Höhepunkt. Nicht nur Arbeiter in Rüstungsbetrieben, sondern auch die Arbeiterinnen in den Textilfabriken legten nun kurzfristig die Arbeit nieder. Am ersten Streiktag fanden in Leipzig mehrere Versammlungen statt, die eine Liste von sieben gleichlautenden Forderungen verabschiedeten. Neben der Versorgung mit Kohlen und Lebensmitteln wurde die Aufhebung von Zensur, Belagerungszustand und Beschränkungen des Koalitions- und Versammlungsrechts sowie des »schändlichen Arbeitszwangsgesetzes« – gemeint war das Hilfsdienstgesetz – gefordert. Die Streikenden forderten ferner eine Befreiung der aus politischen Gründen verurteilten Gefangenen sowie das gleiche Wahlrecht auch in den Bundesstaaten und Kommunen. Schließlich sollte die Regierung »unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion« ihre Bereitschaft zu sofortigen Friedensverhandlungen erklären.<sup>36</sup>

33 Bericht 82. Polizeirevier 16.4.1917 an die VII. Polizeihauptschaft, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 518–520.

34 *Scheel*, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 38 f.

35 So übereinstimmend *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 138; *Feldman*, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, S. 271; *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 300.

36 Text der Resolution in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1, S. 612; vgl. *Dobson*, Authority and Upheaval in Leipzig, S. 167–170, zur Höchstzahl der Streikenden ebd., S. 169. Ein Bericht der Amtshauptmannschaft Leipzig an die Kriegsamtstelle Leipzig v. 20.4.1917 bezifferte die Gesamtzahl der Streikenden auf 13.000 bis 14.000, BAArch, R 43/2431, Bl. 94.

Dieser Forderungskatalog demonstrierte den Einfluss der USPD in der Leipziger Arbeiterschaft. Richard Lipinski, der Vorsitzende der Leipziger USPD, der sich sogleich an die Spitze der Streikbewegung setzte, befürwortete gegen den Widerstand örtlicher Gewerkschaftsvertreter die Einbeziehung politischer Forderungen. Die am 16. April von den Streikenden beschlossene Resolution beauftragte eine aus Vertretern von USPD und DMV-Ortsverwaltung bestehende Delegation, Reichskanzler Bethmann Hollweg ihre Forderungen vorzutragen. Die dreiköpfige Delegation, in der Lipinski die USPD vertrat, wurde aber nur von Arnold Wahnschaffe, dem Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt, und von Adolf von Batocki-Friebe, dem Chef des Reichsernährungsamts empfangen. Wahnschaffe teilte der Abordnung aus Leipzig kurz und bündig mit, dass er über politische Fragen nicht verhandeln könne. Zudem fand dieses Treffen erst statt, nachdem die Leipziger Arbeiter am 18. April nach Verhandlungen mit den örtlichen Metallarbeitgebern beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 52 Stunden mit Lohnausgleich, die Gewährung von Teuerungszulagen und der Verzicht auf Maßregelungen bewogen sie dazu. Für die streikenden Arbeiter in Leipzig, das zeigt sich daran ganz klar, standen also trotz des am 16. April verabschiedeten Forderungskataloges wirtschaftliche Ziele an erster Stelle.<sup>37</sup> Nach dem Zeugnis eines führenden Vertreters der Leipziger USPD in diesem Streik kamen die gewährten Zugeständnisse für viele Arbeiter einer Verdoppelung ihres Lohns gleich.<sup>38</sup>

## V. Verhandlungen am 16. und 17. April

Auch in Berlin traf sich die am 16. April gebildete elfköpfige Delegation der Streikenden mit Vertretern des Staats. Nach einer Besprechung mit dem preußischen Staatskommissar für Ernährungsfragen, Georg Michaelis, wurde sie in eine ständige Kommission umgebildet, die fortan über Probleme der Lebensmittelversorgung informiert werden sollte. Michaelis versprach zugleich die vollständige Austeilung der herabgesetzten Rationen, Maßnahmen zu einer besseren Erfassung der Nahrungsmittel bei den Produzenten und zur Eindämmung des Schleichhandels. Am zweiten Streiktag verhandelten drei Mitglieder der Delegation mit dem Oberkommando in den Marken. Dabei ging es um Richard Müller, den Branchenleiter der Dreher im Berliner DMV und Sprecher der revolutionären Obleute. Er war am 14. April zum Heeresdienst eingezogen worden, offenkundig, um einen potenziellen Anführer der Streikbewegung aus dem Verkehr zu ziehen. Die Forderung nach der Entlassung Müllers aus dem Militärdienst spielte im Berliner Streik von Beginn an eine wichtige Rolle. Die Besprechung mit den Vertretern des Oberkommandos brachte aber nichts weiter als die vage Zusage, dass man Müllers Entlassung prüfen werde, wenn ein Rüstungsbetrieb ihn zur Arbeit reklamieren. Eine Versammlung

37 Fritz Opel, *Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution*, Köln 1980 (zuerst 1958), S. 60 f. Vgl. Dobson, *Authority and Upheaval in Leipzig*, S. 169, der den Einfluss politischer Ziele überschätzt und die Gründe für den Abbruch des Streiks nicht erwähnt.

38 Hermann Liebmann, *Der erste Arbeiterrat in Deutschland*, in: *Leipziger Volkszeitung*, 8.11.1919.

von rund 200 Betriebsdelegierten akzeptierte am 17. April diese Ergebnisse und beschloss bei 40 Gegenstimmen, am folgenden Tag die Arbeit wieder aufzunehmen.<sup>39</sup>

Wie die über diese Versammlung vorliegenden, lückenhaften Berichte erkennen lassen, war den Delegierten klar, dass »nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt« worden seien. Im zentralen Punkt der Ernährungsfrage stimmte man aber in der Erwartung überein, dass Michaelis die gegebenen Zusicherungen »unbedingt« erfüllen werde.<sup>40</sup> Einem anderen Bericht zufolge hatte Adolf Cohen in der Versammlung betont, dass die Zusagen von Michaelis in schriftlicher Form vorlägen und deshalb »keine leeren Versprechungen« seien. Weiterhin wies er darauf hin, dass aus gewerkschaftlicher Sicht allein die mit dem Streik angesprochenen wirtschaftlichen Probleme relevant seien.<sup>41</sup>

Die widersprüchlichen Reaktionen, die dieses Ergebnis des Streiks in der Berliner Arbeiterschaft auslöste, lässt sich am Beispiel einer Belegschaftsversammlung der Riebe Kugellagerwerke in Weißensee verdeutlichen, die am späten Nachmittag des 17. April stattfand. Knapp 2.500 Arbeiter, darunter 1.500 Frauen, hatten sich versammelt. Der DMV-Obmann des Betriebes übergab als Versammlungsleiter das Wort sogleich an den Genossen Wollstein, der von der vorherigen Besprechung der Delegation mit Michaelis berichtete. Wollstein bewertete die Zusage der staatlichen Vertreter positiv, dass »auf dem Lande überall Lebensmittelsammelstellen eingerichtet werden sollen«. Die Knappheit an Lebensmitteln wurde damit zu einem Problem ihrer Erfassung bei den bäuerlichen Produzenten umgedeutet, wie das bereits die von der Belegschaftsversammlung derselben Firma am 15. April verabschiedete Resolution getan hatte. Das Versprechen, den Schwarzmarkt einzudämmen und die Lebensmittel den »Konsumenten zuzuführen«, mochte den Arbeitern als ein wichtiges Zugeständnis erscheinen. Wollstein hob sodann hervor, dass die Einberufung von Müller, der nun in Jüterbog »mit Geschlechtskranken und heruntergekommenen Menschen« untergebracht sei, »besondere Erbitterung« unter den Streikenden hervorgerufen habe. Die »Funktionäre«, die in der Versammlung der Betriebsdelegierten am Vortag mit 160 zu 40 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hätten, stünden zwar der Regierung »mißtrauend« gegenüber, seien aber überzeugt, dass Georg Michaelis »sein Versprechen halten werde«.<sup>42</sup>

In der Diskussion trat ein Genosse namens Waffenschläger den Ausführungen von Wollstein »energisch« entgegen. Er forderte die Anwesenden auf, die Arbeit nicht aufzunehmen, ehe nicht nur Müller aus dem Militärdienst, sondern auch »die wegen politischer Vergehen inhaftierten Genossen aus der Haft entlassen« worden seien. Von der Regierung sei zu verlangen, »mit dem auf Eroberungen

39 Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 298 f. Der Branchenobmann der Dreher im Berliner DMV, Richard Müller, behauptete in seiner zuerst 1924 veröffentlichten Geschichte der Revolution unzutreffenderweise, Adolf Cohen habe es gerade eben geschafft, den Beschluss »mit geringer Mehrheit durchzudrücken«. Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik (1924), in: ders., Eine Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. v. Jochen Gester/Ralf Hoffrogge/Rainer Knirsch, 5., erw. Aufl., Berlin 2012, Zitat: S. 96.

40 So der Bericht im Vorwärts: Der Streik der Berliner Rüstungsarbeiter, in: Vorwärts, 18.4.1917.

41 Zitat: Das Ende der Streikbewegung in Groß-Berlin, in: Berliner Tageblatt, 18.4.1917, Morgen-Ausgabe; vgl. Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 46.

42 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 18.4.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 431 f.

verzichtenden Rußland« sogleich eine »Verständigung« herbeizuführen. Das war ein deutliches Echo der Friedensformel, die das Manifest des Petrograder Sowjets vom 27. März 1917 propagiert hatte. Doch danach wandte sich eine Genossin an Wollstein mit der Bitte um Aufklärung, wo die Hindenburgspende bei der Firma Riebe abgeblieben sei. Bisher habe man von ihr dort »noch nichts zu sehen bekommen«. Die Hindenburgspende war eine im Dezember 1916 mit einigem propagandistischen Aufwand inszenierte Aktion, bei der Landwirte freiwillig Lebensmittel abgeben sollten, die dann ausschließlich den Schwerarbeitern der Rüstungsindustrie zugutekommen sollten. Dieser Arbeiterin ging es also in erster Linie um eine Sonderzuteilung von Lebensmitteln für eine bestimmte Arbeiterkategorie. Angesichts dieser gespaltenen Reaktion konnte der Versammlungsleiter die Anwesenden guten Gewissens auffordern, am nächsten Tag die Arbeit aufzunehmen. Das Mittel des Streiks, so fügte er vage hinzu, »stehe uns ja noch immer zur Verfügung«. <sup>43</sup>

## VI. Grenzen der Mobilisierungsfähigkeit

Bereits bei Beginn des Streiks in Berlin war erkennbar, dass auch in der Metall- und Rüstungsindustrie bestimmte Arbeitergruppen nicht für den Arbeitskampf mobilisierbar waren. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Belegschaft der Siemens-Werke. Diese beschäftigten im Sommer 1917 an mehreren Standorten rund 47.000 Arbeiter und Angestellte, immerhin etwa 30 % aller in den Unternehmen des Verbands der Berliner Metallindustriellen Beschäftigten. Am Aprilstreik beteiligten sich allerdings nur knapp 3 % der zu diesem Zeitpunkt bei Siemens Beschäftigten. Am ersten Streiktag versuchten etwa 200 Arbeiterinnen und Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die Beschäftigten des Siemens Glühlampenwerks in Charlottenburg beim Schichtwechsel um 19.00 Uhr zum Eintritt in den Streik zu bewegen, blieben aber ohne Erfolg. <sup>44</sup>

Der Grund für das Ausscheren der Siemens-Arbeiter aus der Streikfront lag in der repressiven Politik der Unternehmensleitung begründet, die in den Jahren vor 1914 den wirtschaftsfriedlichen, »gelben« Werkverein finanziell und organisatorisch massiv unterstützt hatte. So waren 1914 rund 80 % der Beschäftigten im Siemens Werkverein organisiert. Im Juli 1916 lag dieser Wert immer noch bei 50 %, ein Jahr später bei 40 %, da die große Mehrheit der während des Kriegs in den Betrieb eingetretenen Arbeiter dem Werkverein nicht mehr beitraten. Hinzu kam, dass bei Siemens bis zum Kriegsende keine Wahlen für die nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes vorgesehenen Arbeiterausschüsse stattfanden. Da die bereits vor dem Krieg bestehenden Arbeiterausschüsse den Bestimmungen des Gesetzes formal genügten, konnte die Unternehmensleitung sich dem Verlangen nach Neuwahlen widersetzen. So blieben die Arbeiterausschüsse in der Hand von Vertretern

43 Ebd. Vgl. *Christoph Nübel*, Die Mobilisierung der Kriegsgesellschaft. Propaganda und Alltag im Ersten Weltkrieg in Münster, Münster 2008, S. 154.

44 Vgl. *Ilse Costas*, Management and Labor in the Siemens Plant in Berlin (1906–1920), in: *Haimson*, Strikes, Social Conflict and the First World War, S. 269–286, Zahlen: S. 269; *Scheel*, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 27 und 30.

des Werkvereins.<sup>45</sup> Die mit den Arbeiterausschüssen geschaffenen Mitwirkungsrechte hatten nicht nur zu einem Aufschwung der freigewerkschaftlichen Verbände auch in jenen Branchen wie dem Bergbau geführt, die ihnen vor dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes verschlossen waren. Die Arbeiterausschüsse waren auch ein wichtiger Faktor für die Ermöglichung von Arbeitskämpfen, da deren Mitglieder in vielen Fällen an der Vorbereitung und Durchführung von Streiks beteiligt waren. Ein Beispiel aus dem Kontext des Aprilstreiks ist der Kupferschmied August von Rolland. Er gehörte dem »Arbeiterausschuß« der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in der Kaiserin-Augusta-Allee in Moabit an, war gewerkschaftlich und in der USPD organisiert und nach Informationen der Polizei während des Aprilstreiks der »Hauptträdelsführer« in diesem Betrieb, dessen 6.400 Beschäftigte sämtlich in den Ausstand traten.<sup>46</sup> In der Maschinengewehrabteilung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken arbeitete ein Fabrikschlosser, der wie andere Mitglieder des Arbeiterausschusses dieses Betriebes vorwiegend damit beschäftigt war, bereits in den Wochen vor dem 16. April die Arbeiter in einzelnen Abteilungen des Betriebes zu kurzfristigen Arbeitseinstellungen aufzustacheln.<sup>47</sup> Die hauptamtlich tätigen Gewerkschaftssekretäre nutzten deshalb den Streik, um die Vorzüge der Arbeiterausschüsse herauszustellen. Bei einer Versammlung in Leipzig am 16. April führte ein Gewerkschaftsbeamter darüber Klage, dass die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen immer noch nicht überall erfolgt seien.<sup>48</sup>

Neben den Siemenswerken waren auch die Beschäftigten der staatlichen Betriebe nur teilweise und mit Verzögerung am Streik beteiligt. Das galt unter anderem für die Arbeiter der dem preußischen Kriegsministerium unterstehenden Betriebe in Spandau. Bis zum Kriegsbeginn mussten die Arbeiter aller Staatsbetriebe erklären, dass sie weder der SPD noch einem Verband angehörten, der das Streikrecht vertrat. Diese Bestimmungen waren zwar im Zeichen des Burgfriedens 1914 aufgehoben worden.<sup>49</sup> Aber obwohl somit 1917 auch in den Berliner Staatsbetrieben viele Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, blieb die Beteiligung am Aprilstreik dort gering. So traten die Beschäftigten der Artilleriewerkstatt in Spandau erst am 17. April in den Streik. Auch in diesem Betrieb brachten die Streikenden umgehend politische Ziele ins Spiel, wie die Behörden in Erfahrung brachten. Die Wortführer des Streiks trugen demnach folgende Argumente vor:

---

45 *Costas*, Management and Labor in the Siemens Plant in Berlin, S. 271 und 276 f.; zum Kontext vgl. *Heidrun Homburg*, Externer und interner Arbeitsmarkt. Zur Entstehung und Funktion des Siemens-Werkvereins 1906–1918, in: *Toni Pierenkemper* (Hrsg.), Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft, Göttingen 1982, S. 215–248.

46 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 28.4.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 260 f.; vgl. *Scheel*, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, S. 27.

47 Bericht des Tatbestandes betreffend »Peters« für das Polizeipräsidium, o. D. [Juni 1917?], LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 575 f.

48 Vgl. den Polizeibericht über die Streikversammlung im Brauereigarten Leipzig-Stötteritz am 16.4.1917, abgedr. in: *Schneider*, Der politisch-ideologische Differenzierungsprozeß in der Leipziger Arbeiterbewegung, S. XLI–XLVI, Zitat: S. XLII.

49 *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 30 f. und 118.

»Wir können den Frieden nur erzwingen, wenn wir die Rüstungsarbeit verweigern. Unsere Kollegen in England, Rußland und Frankreich sind mit uns einig. In dem Kongreß in Schweden wird diese Frage jetzt auch eingehend behandelt. Es braucht ja nicht soweit zu kommen wie in Rußland, aber anders muß es hier werden. Zuerst müssen wir den Frieden erzwingen, was nicht durch Waffen, sondern durch Arbeitsverweigerung für einige Wochen geschehen kann. Wenn wir die Arbeit verweigern, dann wird auch England folgen und den Krieg einstellen.«

Für die meisten der bei den Artilleriewerkstätten streikenden Arbeiter ging es allerdings nicht um politische Forderungen, sondern um die Verkürzung der Arbeitszeit, den Fortfall der Sonntagsarbeit und eine »Verbesserung der Kantinenverhältnisse«. <sup>50</sup> Weiterhin waren auch die Arbeiter in den Munitionsfabriken »von Anfang an für den Streik nicht zu haben«. <sup>51</sup>

## VII. Das Abbröckeln der Streikfront

Nach der am 17. April von rund 200 Betriebsdelegierten getroffenen Entscheidung, die Arbeit wieder aufzunehmen, bröckelte die Streikfront bereits am folgenden Tag stark ab. Der Streik konzentrierte sich am 18. April unter anderem auf die Beschäftigten des AEG-Werks in Hennigsdorf, die beiden Betriebe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Moabit und Wittenau sowie die Spandauer Artilleriewerkstatt, die ja erst am 17. April in den Streik eingetreten war. Zusammen handelte es sich um etwa 32.000 Streikende. <sup>52</sup> Nach Informationen der Polizei war das wichtigste Motiv derjenigen, die den Streik weiterführten, dass Richard Müller nach seiner Einziehung zum Militärdienst »noch nicht wieder freigegeben ist«. Am 19. April waren in Berlin dann nur noch 20.000 Arbeiter im Ausstand, wiederum vor allem bei der AEG, den beiden Betrieben der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sowie der Knorr-Bremse AG, während die Bewegung in Spandau bereits wieder ablaute. <sup>53</sup> In den folgenden Tagen bröckelte die Streikfront weiter ab, bis am 23. April nur noch die etwa 5.000 Beschäftigten der AEG Hennigsdorf im Ausstand waren. Am Tag darauf nahmen aber auch diese die Arbeit wieder auf. <sup>54</sup>

Innerhalb der weiterhin bestreikten Betriebe war die Beteiligung am Arbeitskampf aber nicht mehr einmütig und Spannungen innerhalb der Belegschaften

50 Vgl. stv. GK III AK 30.5.1917 an preuß. Kriegsministerium, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 615 f.; vgl. *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 31.

51 Polizeibericht vom 9.5.1917, in: *Ingo Materna/Hans-Joachim Schreckenbach* (Bearb.), *Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918*, Weimar 1987, S. 203.

52 *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 50. Die bei *Hoffrogge*, *Working-Class Politics in the German Revolution*, S. 42, genannte Zahl von 50.000 ist deutlich zu hoch. Hoffrogge stützt sich hier und anderswo auf die Darstellung von *Müller*, *Vom Kaiserreich zur Republik*, der als Zeitzeuge dazu neigte, die Größe und Bedeutung des Streiks zu überzeichnen.

53 Polizeipräsident Berlin 19.4.1917 an das Oberkommando in den Marken und den preuß. Minister des Innern, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15838/1, Bl. 430. Der Bericht bezifferte die Zahl der Streikenden am 18. April auf 27.500.

54 *Scheel*, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 69.

wurden sichtbar. Ein Beispiel dafür ist ein im Namen »vieler Ihrer Arbeiter« unterzeichnetes Schreiben an die Direktion der Knorr-Bremse AG vom 19. April. Darin wandte sich der Verfasser – der angab, für 600 Arbeiter des Betriebes zu sprechen – gegen den »wilden Streik« und forderte die Betriebsleitung auf, dem Ausstand durch ein »Machtwort« ein »rasches Ende zu bereiten«. Stein des Anstoßes war, dass »Anhänger« der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) und des preußischen Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann auf die »besonnenen Arbeiter« des Betriebes erheblichen »Druck« ausübten. Dabei handelte es sich vor allem, so der Verfasser des Schreibens, um eine »große Anzahl jugendlicher, kaum den Kinderschuhen Erwachsener«. <sup>55</sup> Den Hintergrund dieser Beschwerde bildeten zwei Versammlungen von Beschäftigten der Knorr-Bremse AG, die am 17. und 18. April stattfanden und in denen Adolf Hoffmann als Hauptredner auftrat. Hoffmann hatte die Beschäftigten aufgefordert, den von den 200 Betriebsdelegierten gefassten Beschluss zur Einstellung des Streiks so lange zu ignorieren, bis er, Hoffmann, mit dem Reichskanzler gesprochen habe. Hoffmann hatte weiterhin erklärt, dass die radikalen Elemente in der Sozialdemokratie jetzt die »Pflicht hätten«, für die Einstellung des Kriegs gegen Russland zu sorgen und den Streik zu benutzen, um »alle politischen Rechte« zu fordern, darunter die Pressefreiheit und ein »freies Wahlrecht«. <sup>56</sup> In einer Betriebsversammlung der Knorr-Bremse AG am 19. April gab es dann ein gespaltenes Meinungsbild, das die Angaben des anonymen Schreibens vom selben Tag bestätigte. In einer geheimen Abstimmung mit Stimmzettel waren 500 Arbeiter für die Fortsetzung des Streiks, aber immerhin 400 »für Aufnahme der Arbeit«. <sup>57</sup>

Die Ereignisse bei der Knorr-Bremse AG sind typisch für die Entwicklung des Streiks in Berlin seit dem 18. April. Politische Forderungen waren bereits in eine Reihe von Betriebsversammlungen während der ersten beiden Streiktage vorgebracht worden und hatten erhebliche Zustimmung gefunden. Was sich vor allem ab dem 18. April änderte, war, dass nun Vertreter der eben gegründeten USPD in einer Reihe von Versammlungen streikender Arbeiter auftraten und dort Forderungen vertraten, die denen der Leipziger Arbeiter ähnelten und die politischen Ziele der USPD ausdrückten. So sprachen Hugo Haase und Adolf Hoffmann am 18. April in einer Versammlung in der Kronenbrauerei, während Ewald Vogtherr in den Pharussälen sprach. Die Teilnehmer an diesen Versammlungen nahmen Entschlüsse mit folgenden, an den Reichskanzler adressierten Forderungen an:

»Sofortige Einführung der Presse- und Redefreiheit, Aufhebung des Belagerungszustandes und über die Bestimmungen der Schutzhaft, Freigabe sämtlicher politischer Gefangenen, sofortige Bekanntgabe der Friedensbedingungen und auch Bekanntgabe sofortiger Verhandlung mit den kriegführenden Mächten.« <sup>58</sup>

55 Anonymes Schreiben an die »Direktion der A.G. Knorr Bremse«, 19.4.1917, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 482.

56 Polizeibericht vom 24.4.1917, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 468.

57 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1, S. 614.

58 Polizeipräsident Berlin 19.4.1917 an das Oberkommando in den Marken, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 447.

In einer von rund 1.000 Arbeitern besuchten Betriebsversammlung bei der Knorr-Bremse AG am 19. April wurden folgende sieben Forderungen gestellt: »Freilassung Liebknechts«, »Freilassung der in Schutzhaft befindlichen Personen«, »Aufhebung des Vereinsgesetzes«, »völlige Freiheit in der politischen Entwicklung«, »Ausreichende Ernährung durch Sicherstellung von Lebensmitteln«, »Aufhebung des Belagerungszustandes« sowie die »Beendigung des Krieges ohne Anspruch auf Entschädigungen und Eroberungen«. <sup>59</sup>

Seit dem 18. April stand der Streik also nicht mehr unter politischen Vorzeichen im weiteren Sinne, wobei die Streikenden mit dem Hinweis auf das Beispiel der russischen Revolution vereinzelt auch systemüberwindende Vorstellungen vertraten. Die Streikbewegung stand nunmehr unter im engeren Sinne parteipolitischen Vorzeichen, da die Streikenden Forderungen der USPD vertraten. Diese Zuspitzung des Arbeitskampfes stieß aber, wie die Polizeibehörden in Erfahrung brachten, keineswegs auf ungeteilte Zustimmung in den Betrieben, deren Beschäftigte ab dem 18. April weiterhin im Ausstand waren. Das Beispiel der Knorr-Bremse AG habe ich bereits erwähnt. Der Polizeipräsident konnte nach dem Abbruch des Streiks berichten, dass man in Kreisen der USPD mit dem Ausgang des Streiks »unzufrieden« sei. Als Grund dafür nannte er, dass die Forderungen der USPD teils aus Mangel an »gewandten radikalen Rednern«, teils aufgrund von Widerständen in Belegschaftsversammlungen nicht zur Geltung gekommen seien. So hätten »verschiedene Versammlungsleiter Vorlesung und Abstimmung« der von der USPD propagierten Forderungen abgelehnt. Wo es dann doch geschah, habe man »nur noch geringen Einfluß ausüben« können. <sup>60</sup>

### VIII. Die Streikbewegungen abseits von Berlin und Leipzig

Die massiven Streikbewegungen der ersten Jahreshälfte 1917 waren dadurch gekennzeichnet, dass es wiederholt in mehreren Städten und Regionen des Reiches zu Arbeitskämpfen kam. In diesem Zusammenhang zeigt der Aprilstreik ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite erreichte er durch die massenhafte Beteiligung der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie einen größeren Umfang als alle anderen Streiks dieses Jahres. Auf der anderen Seite blieb er auf zwei Großstädte beschränkt. Obwohl es nach der Absenkung der Brotration in vielen Regionen Deutschlands zu einer Welle von Beschwerden und einer rapiden Verschlechterung der Volksstimmung kam, fanden Streikbewegungen einer nennenswerten Zahl von Arbeitern nur in wenigen anderen Städten statt. <sup>61</sup> Außerhalb von Berlin und Leip-

59 Polizeibericht vom 19.4.1917, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1, S. 613.

60 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 23.4.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 333.

61 Einen regionalen Überblick vermittelt die Aufzeichnung über eine Besprechung im Kriegsamt am 26.4.1917 aus Anlass der Streikbewegung: *Wilhelm Deist* (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 2 Bde., Düsseldorf 1970, Bd. 2, S. 724–735. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 681, nennt Streiks in Dresden, Halle, Magdeburg und Braunschweig. In Braunschweig streikten am 17. und 18. April aber nur 30 Arbeiter einer Maschinenfabrik. *Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920, S. 211. In Dresden wirkten Vertreter von

zig am stärksten scheinen die Arbeitskämpfe in Magdeburg gewesen zu sein. Dort kam es bereits unmittelbar nach der Ankündigung über die bevorstehende Senkung der Brotration am 28. März zu einer von der Polizei rasch unterdrückten Demonstration von mehreren Hundert Frauen, Männern und Jugendlichen. Bereits am 6. April traten dann die Belegschaften praktisch aller Magdeburger Großbetriebe in den Streik, insgesamt bis zu 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Vor allem im Krupp-Gruson Werk brachten die Streikenden auch politische Forderungen vor. Da die Behörden umgehend reagierten und andere Lebensmittel als Ersatz für die gekürzte Brotration versprachen, wurde der Streik am 10. April abgebrochen.<sup>62</sup> In Chemnitz gab es im Vorfeld des 15. April bei den Behörden Befürchtungen über mögliche Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Großbetrieben. Tatsächlich legten dann erst am 20. April rund 3.000 Arbeiter der Wanderer-Werke – wo neben Fahrrädern auch Werkzeugmaschinen hergestellt wurden – kurzzeitig die Arbeit nieder. Das war insofern bemerkenswert, als dieser Betrieb vor dem Krieg fest in der Hand der gelben Gewerkvereine war. Während des Kriegs waren diese allerdings verdrängt und durch betriebliche Obleute des DMV ersetzt worden, die diese Arbeitsniederlegung gegen den Willen der örtlichen Verbandsführung unterstützten.<sup>63</sup> In Bayern kam es im Kontext des Aprilstreiks nur zu einem einzigen Arbeitskampf. Am 18. April legten die Arbeiterinnen in der Sprengstofffabrik im Fürther Ortsteil Stadeln für einen Tag die Arbeit nieder.<sup>64</sup>

Zuweilen wird auch der Arbeitskampf auf den Bremer Werften zum Kontext des Aprilstreiks gezählt. Dieser Streik setzte aber schon am 31. März ein und war am 3. April bereits wieder beendet. Er konzentrierte sich vor allem auf die AG Weser Werft, von deren rund 7.700 Beschäftigten mehr als 6.000 in den Streik traten. Zu den Gründen für diesen Ausstand zählten neben Klagen über das hohe Arbeitstempo und die daraus resultierende Erschöpfung auch die ungenügende Lebensmittelversorgung. Wie ein von den Streikenden als Wortführer bestimmter Schlosser erklärte, bezogen sich die Klagen vor allem auf die »derzeitigen Rationen«, also noch vor der auf den 15. April terminierten Absenkung.<sup>65</sup> So gesehen ist

---

Freien Gewerkschaften und MSPD mäßigend auf die Arbeiterschaft ein und eine lang erwartete Kartoffellieferung sorgte kurzfristig für eine Verbesserung der Stimmung. Zu Arbeitseinstellungen kam es in der sächsischen Residenzstadt im April 1917 nicht. Vgl. *Carsten Schmidt*, Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914–1918, Diss., Dresden 2007, S. 258. Im Ruhrgebiet blieben Streiks offenbar gänzlich aus. Vgl. aber den Hinweis auf einen kurzzeitigen Ausstand der Belegschaft der Zeche Sterkrade und von Teilen der Belegschaft im dortigen Maschinenbauwerk am 20. April 1917 in einem Bericht der Polizeiverwaltung Sterkrade, in: *Klaus Tenfelde/Thomas Urban* (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein historisches Lesebuch, Essen 2010, Bd. 1, S. 512 f.

62 *Martin Gohlke*, Die Räte in der Revolution von 1918/19 in Magdeburg, Diss., Oldenburg 1999, S. 35 f.

63 *Karlheinz Schaller*, »Radikalisierung aus Verzweigung«, Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation (1914 bis 1923), Bielefeld 2003, S. 107 f.; *Rudolph*, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik, S. 136, nennt für Chemnitz 4.800 streikende Arbeiter, etwa 7 % der dortigen Rüstungsarbeiter.

64 Telegramm des bayer. Ministerium des Äußern an das Reichsamt des Innern v. 19.4.1917, BArch, R 1501/20096, Bl. 115.

65 Vgl. *Antonio Farina*, Produktionsverhältnisse und sozialer Konflikt in den Bremer Werften zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Räterepublik (1914–1919), in: Sozial.Geschichte Online 12,

der Arbeitskampf auf der AG Weser eher als Prolog denn als Teil des Aprilstreiks zu sehen. Die Nachricht von dem Streik in Bremen verbreitete sich allerdings rasch entlang der Unterweser und am 3. April stellten die Arbeiter der Tecklenborg-Werft in Geestemünde die Arbeit ein. In einer von 1.500 Arbeitern besuchten Protestversammlung gab es heftige Beschwerden gegen die Großbauern, die nicht genügend Lebensmittel für die städtischen Konsumenten abliefern würden, aber auch den Hinweis auf die russische Revolution und die Warnung, dass auch in Deutschland »auf solche Weise Wandel geschaffen« werden könne.<sup>66</sup>

Die Resonanz des Aprilstreiks außerhalb von Berlin und Leipzig blieb so eng begrenzt. Auffällig ist zudem, dass es gerade in wichtigen Hochburgen der USPD im April 1917 zu keinen nennenswerten Arbeitskämpfen kam. Im Bezirk Halle-Merseburg beteiligten sich nur wenige Arbeiter vor allem in kleineren Betrieben an Arbeitskämpfen, so auf einem Schacht im Mansfelder Kupferbergbaurevier vom 10. bis zum 12. April, in Halle vom 19. bis 24. April sowie in einem Flugzeugwerk in Radefeld am 16. April.<sup>67</sup> Erst einige Monate später, vom 15. bis 18. August 1917, kam es im Regierungsbezirk Merseburg zu einem Massenstreik, an dem rund 12.000 Arbeiter vor allem aus den Leunawerken teilnahmen und der überwiegend von USPD-Funktionären geleitet wurde.<sup>68</sup> In Düsseldorf blieben Arbeitskämpfe im April 1917 aus, erst im Juni kam es dort in einigen Großbetrieben der Metallindustrie zu Arbeitskämpfen.<sup>69</sup> Nach dem Zeugnis von Hermann Liebmann, einem Redakteur der »Leipziger Volkszeitung« und Mitglied der dortigen USPD, hatten einige der Delegierten am Rande des Gründungsparteitages der USPD in Gotha vom 6. bis zum 8. April Absprachen über einen Streik getroffen, der am 15. April beginnen sollte. Dort hatte ein Delegierter aus Mannheim erklärt, dass die »Arbeiterschaft seines Ortes die Herabsenkung der Brotration nicht ruhig hinnehmen werde«.<sup>70</sup> Ein Streik blieb in Mannheim dann allerdings aus. Ein in der Mannheimer Rüstungsindustrie drohender Arbeitskampf konnte im April durch Verhandlungen unter Beteiligung der Militärbehörden verhindert werden. Zudem warnte der »Volksfreund«, die örtliche SPD-Tageszeitung, seine Leser davor, »sich zu unbedachten Schritten hinreißen zu lassen«. In den Tagen nach dem Treffen in Gotha versuchte ein Mitglied der Leipziger USPD, in Kiel Unterstützung zu gewinnen, musste aber feststellen, dass es

---

2013, S. 8–39, Zitat: S. 23. Der Hinweis bei *Opel*, Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, S. 61, ist ungenau.

66 *Jörg Berlin*, Die Arbeiterbewegung in den Küstenstädten der Nordsee zwischen Ems und Elbe vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zum Ausbruch der Revolution 1918/19, Diss., Hamburg 1981, S. 351–355, Zitat: S. 354.

67 *Roswitha Mende/Karl-Heinz Leidigkeit*, Von der Jahrhundertwende bis zum Roten Oktober. Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Halle-Merseburg 1900 bis 1917, Halle an der Saale 1987, S. 225.

68 Ebd., S. 326–329; *Roswitha Mende*, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Halle im Ersten Weltkrieg, in: *Helga Grebing* (Hrsg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 171–180, hier: S. 178.

69 *Detlef Joscok*, Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Düsseldorf während des 1. Weltkrieges, Hamburg 1980, S. 76 f. und 81–84; *Mary Nolan*, Social Democracy and Society. Working-Class Radicalism in Düsseldorf 1890–1920, Cambridge 1981, S. 264 f.

70 *Liebmann*, Der erste Arbeiterrat in Deutschland. Zu Liebmann und seiner Beteiligung am Streik in Leipzig vgl. *Dobson*, Authority and Upheaval in Leipzig, S. 168 und 170.

dort für eine Streikbewegung keine Grundlage gab.<sup>71</sup> In Stuttgart, einer Hochburg des Spartakusbundes, blieb es gänzlich ruhig, wie die Streikwelle des Frühjahrs 1917 an Württemberg überhaupt »spurlos vorbeigegangen« ist. Ein Grund dafür lag in der spezifischen Erwerbsstruktur vieler gewerblicher Arbeiter in Württemberg, die in ihrem Heimatdorf einen kleinen Parzellenbetrieb bewirtschafteten und zur Fabrikarbeit täglich pendelten. Diese Arbeiterbauern waren von der Herabsetzung der Brotration, dem Auslöser des Streiks, als Selbstversorger kaum betroffen.<sup>72</sup> Insgesamt kann also keine Rede davon sein, im April 1917 seien »Hunderttausende in anderen industriellen Ballungsgebieten« als Berlin und Leipzig in den Ausstand getreten.<sup>73</sup>

### IX. Die Reaktion von Behörden und Gewerkschaftsführungen

Die Staats- und Militärbehörden reagierten auf den Aprilstreik mit einer Verschärfung ihres repressiven Instrumentariums. Bereits am 19. April kam es zur »Militarisierung« der beiden Betriebe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Moabit und Wittenau. Es war das erste Mal, dass ein militärischer Befehlshaber überhaupt zu diesem Mittel griff.<sup>74</sup> Die Leitung der Betriebe wurde nach Maßgabe des Gesetzes über den Belagerungszustand einem Offizier übertragen. Den Streikenden wurde das Fernbleiben von der Arbeit, der Wechsel der Arbeitsstelle und die Bummelei untersagt. Für Verstöße drohten Geld- und Haftstrafen. Die Militarisierung des Betriebs war mit einem Ultimatum an die Streikenden verbunden, bis zum 21. April die Arbeit wieder aufzunehmen. Alle wehrpflichtigen Arbeiter, die diesem Ultimatum nicht nachkamen, galten automatisch als zum Heeresdienst einbezogen, erhielten nur den Militärsold anstelle ihres Lohns und unterstanden den Militärgesetzen.<sup>75</sup> Zugleich wurden die Sicherungen des Hilfsdienstgesetzes aufgehoben. Arbeiter in militarisierten Betrieben konnten demnach nicht den Schlichtungsausschuss anrufen. Durch die Einstellung in den Heeresdienst war ihre Freizügigkeit aufgehoben. Die Freien Gewerkschaften hatten genau diese Implikation einer möglichen Militarisierung von Betrieben hervorgehoben, um ihren Mitglie-

71 Klaus-Peter Müller, *Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimationsverlust des badischen Staates 1914–1918*, Stuttgart 1988, S. 458 f. (Zitat); zu Kiel vgl. *Liebmann, Der erste Arbeiterrat in Deutschland*.

72 Gunther Mai, *Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918*, Stuttgart 1983, S. 367 f. und 371, Zitat: S. 367.

73 So Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 137.

74 Bericht des Oberkommandos in den Marken v. 21.2.1918, in: *Deist, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, Bd. 1, S. 636–639, Zitat: S. 636. In Württemberg kam es bis zum Kriegsende nicht zur Militarisierung eines Betriebes. Mai, *Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918*, S. 270.

75 Scheel, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, S. 65–67. Vgl. die Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 19.4.1917, in: *Leo Stern* (Hrsg.), *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, 4 Teilbde., Berlin 1959, Bd. 2, S. 453–455.

dern die Zwangselemente des Hilfsdienstgesetzes, das die Freizügigkeit eben nicht aufhob, schmackhaft zu machen.<sup>76</sup>

Wie der mit der Militarisierung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken beauftragte Oberst Hans von Feldmann berichtete, war die angemessene Besetzung und Kontrolle des Betriebes durch eine militärische Wache entscheidend für den Erfolg dieser Maßnahme. Zugleich hatte Feldmann mit dem Arbeiterausschuss Kontakt aufgenommen und versucht, Wünsche und Gravamina der Belegschaft durch Vermittlung des Arbeiterausschusses zu bündeln. Die Einberufung zahlreicher Arbeiter aus beiden Betrieben zum Militärdienst, die dem Ultimatum nicht gefolgt waren, komplettierte das repressive Instrumentarium. Das Mittel der Militarisierung blieb auch in der Folgezeit stets auf wenige Betriebe und einen kurzen Zeitraum beschränkt. Im Bereich des Oberkommandos in den Marken kam es erst bei einem Streik der Daimler-Werke in Berlin-Marienfelde im November 1917 erneut zur Anwendung.<sup>77</sup>

Die staatlichen Repressionsmaßnahmen erstickten zumindest in Berlin alle Pläne, kurz nach dem Ende des Aprilstreiks erneut öffentliche Proteste und Streiks durchzuführen. Die Spartakusgruppe rief in einem Flugblatt zu Demonstrationen am 1. Mai auf, die sich zu »Massenstreiks« weiten sollten.<sup>78</sup> Zu diesem Zweck fand unter anderem bei der Firma Zwietusch eine Versammlung statt, in der Paul Feikert, ein Anhänger des Spartakusbundes, dazu aufrief, den Betrieb am 1. Mai zu bestreiken. Feikert war nach einer Verwundung als dienstuntauglich aus dem Heeresdienst entlassen worden. Zu Ostern hatte er mit anderen Genossen einen Ausflug in das Berliner Umland unternommen und mit dem Ordensband des Eisernen Kreuzes II. Klasse im Knopfloch seiner Jacke von Bauern die Herausgabe von Lebensmitteln erbeten.<sup>79</sup> Angesichts der »repressiven Maßnahmen der Militärbehörden« konnte am 1. Mai dann allerdings »nichts unternommen werden«, wie der Redner auf einem USPD-Zahlabend in Berlin-Neukölln mit Erbitterung feststellen musste. Der geplante Streik sei »erdrosselt worden« und der »heilige Arbeiterfeiertag« 1. Mai »somit wieder ein Tag der Hilfe zur Vernichtung der Völker« geworden.<sup>80</sup>

76 *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, Bd. 1, S. 638; vgl. *Mai*, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918, S. 205.

77 *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, Bd. 1, S. 637 f. Zu den Einberufungen der Polizeibericht vom 21.4.1917, in: *Materna/Schreckenbach*, Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung, S. 201. Ob tatsächlich »einige Tausend Arbeiter« eingezogen wurden, wie der Bericht behauptet, ist zweifelhaft. Der Bericht macht klar, dass sich die Einberufungen nur auf Arbeiter der beiden militarisierten Betriebe bezogen. Bereits bei einer Besprechung im preußischen Kriegsministerium am 21.4.1917 mit Vertretern von Reichs- und preußischen Behörden herrschte Übereinstimmung darüber, dass die Militarisierung der Betriebe »sobald als möglich wieder aufzuheben« sei. Vermerk vom 21.4.1917, BArch, R 1501/20096, Bl. 29 f.

78 Vgl. den Aufruf in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. II/1, S. 634 f.

79 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 26.4.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15839, Bl. 532 f.

80 Bericht der Abt. VII, Außendienst, 3. Kommissariat 10.5.1917 an den Polizeipräsidenten Berlin, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15983, Bl. 178.

In Leipzig kam es dann aber am 16. Juli 1917 erneut zu Demonstrationen, Protesten sowie Streiks, an denen rund 1.700 Arbeiter in insgesamt 15 Betrieben teilnahmen. In einer aus Arbeitern und Frauen bestehenden Menschenmenge vor dem Volkshaus fielen Rufe wie: »Hier wird gegen Hungertyphus geimpft.« Richard Lipinski erhielt von der Polizei die Genehmigung, am Nachmittag des 16. Juli eine Versammlung abzuhalten, an der etwa 1.500 Menschen, darunter viele Jugendliche, teilnahmen. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, nach der die am 15. April aufgestellten Forderungen erneut dem Rat der Stadt, dem stellvertretenden Generalkommando und dem Reichstag vorgelegt werden sollten. Daneben wurde auch die Frage eines »Verständigungsfriedens« diskutiert und festgestellt, die vom Reichstag verabschiedete Friedensresolution »genüge durchaus noch nicht. Man müsse sich den Beschluss des russischen Arbeiter- und Soldatenrates zum Beispiel nehmen.« Zugleich beschlossen die Versammelten allerdings, gegen die Stimmen einer kleinen Minderheit, am folgenden Tag die Arbeit wieder aufzunehmen, während eine von Lipinski geleitete Kommission am nächsten Tag im Rathaus und beim stellvertretenden Generalkommando vorsprechen sollte. Auf einer Versammlung am Abend im Zoologischen Garten mit etwa 4.000 Teilnehmern sprachen dann unter anderem der USPD-Reichstagsabgeordnete Friedrich Geyer und der USPD-Landtagsabgeordnete Friedrich Seger und kritisierten die Politik der SPD-Mehrheit.<sup>81</sup>

Die Reaktion der Gewerkschaftsverbände auf den Aprilstreik war uneinheitlich und hinter den Kulissen auch in den Verbandsleitungen umstritten. Der Beirat des DMV und Bevollmächtigte verschiedener Verwaltungsstellen trafen sich bereits am 21. April, um Schlussfolgerungen aus den Streiks zu diskutieren. Das Ergebnis war ein in der »Metallarbeiter-Zeitung« veröffentlichter Aufruf an die Mitglieder. Der ausführliche Text hob zunächst das »Verschulden« der Behörden für die Mängel in der Lebensmittelversorgung hervor und bezeichnete den »Ruf nach Abhilfe« ausdrücklich als »berechtigt«. Damit verband sich allerdings sogleich der Appell an die DMV-Mitglieder, ihrer »Verantwortung gegenüber unseren zur Verteidigung auf den Schlachtfeldern stehenden Arbeitsbrüdern« bewusst zu sein. Sie sollten sich deshalb nicht von »falschen Propheten« zu Arbeitseinstellungen verführen lassen, vor allem wenn diese »politischen Zwecken« dienen. Streikende Arbeiter würden sich an ihren im Feld stehenden »Volksgenossen« vergehen.<sup>82</sup>

Die Reaktion der Generalkommission setzte je nach Adressaten unterschiedliche Akzente. In einem internen Rundschreiben an die freigewerkschaftlichen Verbandsvorstände vom 23. April hob sie hervor, dass Vertreter der Arbeitsgemeinschaft versucht hätten, eine »Streikbewegung auf politischer Grundlage« in Gang zu setzen. Dies diene keineswegs »den Interessen der deutschen Arbeiter« und gefährde einen Friedensschluss, da im Ausland der Eindruck entstehe, Deutschland sei »von inneren Wirren erschüttert«. Das Schreiben rief die Verbände und Funktionäre dazu auf, den »Revolutionsspielereien« von SAG und Spartakusgruppe entge-

---

81 Drahtmeldungen der Kriegsamtstelle Leipzig vom 15., 16. und 17.7.1917, BAArch, R 1501/20096, Bl. 306–308.

82 An unsere Mitglieder, in: *Metallarbeiter-Zeitung*, 28.4.1917, (Zitate); zur Entstehung vgl. *Schönhoven*, *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, S. 358.

genzutreten.<sup>83</sup> Die öffentliche Reaktion bereitete ein von der Generalkommission angeregtes gemeinsames Treffen mit den Vertretern der anderen Richtungsgewerkschaften und der Angestelltenverbände vor, das am 24. April stattfand. Sein materielles Ergebnis war ein gemeinsames, in der Gewerkschaftspresse veröffentlichtes Schreiben an Wilhelm Groener. Dieser Text benannte ganz klar die »unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungspolitik« als die Ursache für die »Mißstimmung«, die dem Streik zugrunde lag, und äußerte die »bestimmte« Erwartung, dass versprochene Maßnahmen zur Abhilfe nun mit »Schärfe« und »Erfolg« durchgeführt würden. Zugleich wies es unmissverständlich auf weitere Gravamina der Arbeiterschaft wie die »unzureichende Entlohnung« und die Einschränkung der Rechte der Arbeiter hin. Zugleich machten die Verbände klar, dass aus ihrer Sicht Streiks »zu vermeiden« seien und eine »Erhöhung der Widerstandskraft« des Reiches einen baldigen Frieden bringen könne.<sup>84</sup> Eine »Ergebenheitsadresse« an Groener war dieses Schreiben somit gewiss nicht.<sup>85</sup>

Alexander Schlicke, Vorsitzender des DMV und seit Herbst 1916 als Vertreter der Freien Gewerkschaften im Kriegsamt tätig, traf den Gestus des Schreibens wohl eher, als er es als eine Versicherung der »Loyalität« zu den Regierungsstellen bezeichnete. Gegenüber der Generalkommission beklagte sich Schlicke nicht über den Inhalt des Schreibens, »sondern des Schreibens überhaupt wegen«. Nach seiner, durch seine Einsicht in die Arbeit des Kriegsamts geprägten Ansicht hatten die Gewerkschaften gute Gründe, an der »Aufrichtigkeit« und der »Entschlossenheit« der Regierung zu zweifeln, dass sie sich für die Belange der Arbeiterschaft einsetze. Man müsse öffentliche »Loyalitätsbezeugungen« ablehnen, da sie das »Vertrauen in den hinter uns stehenden Arbeitermassen erschüttern« würden, solange die staatlichen Stellen sich nicht tatsächlich energisch für diese einsetzten.<sup>86</sup> In den Streit um das Schreiben der Verbände an Groener griff auch Theodor Leipart ein, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbands. Er beschwerte sich bei der Redaktion des »Vorwärts«, die das Schreiben unter der Überschrift »Die Gewerkschaften an die Rüstungsarbeiter. Arbeitseinstellungen sind zu vermeiden. Ein Mahnruf der Gewerkschaften« veröffentlicht hatte. In der Sache durchaus zutreffend stellte Leipart fest, dass es sich nicht um einen Mahnruf an die Rüstungsarbeiter, sondern vielmehr um einen »Mahnruf an die Regierung« handele. Zugleich beklagte sich Leipart darüber, dass der »Vorwärts« in einem Kommentar zu dem Schreiben mehrfach betont hatte, innenpolitische Reformen seien erst »nach« dem Kriege möglich. Er verwies darauf, dass die Gewerkschaften seit Kriegsbeginn unablässig

83 Text in ebd., S. 350–353.

84 Ebd., S. 354–356. Das Schreiben war formell als eine Antwort auf ein Schreiben Groeners konzipiert, mit dem dieser eine alsbald veröffentlichte Stellungnahme Paul von Hindenburgs zum Streik vom 19. April übermittelt hatte. Dieses Schreiben ebd., S. 348. Zum Kontext und zu Groeners Reaktion auf den Streik vgl. *Feldman*, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918*, S. 272–278.

85 So *Ottokar Luban*, Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen*, 2008, Nr. 40, S. 23–38, hier: S. 28.

86 August Schlicke an die Generalkommission, 28.4.1917, in: *Schönhoven*, *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, S. 358–360.

Reformen in der Sozialpolitik und in anderen gewerkschaftlichen Arbeitsfeldern gefordert hatten, die »schnellstens« umgesetzt werden sollten.<sup>87</sup>

Die Reaktion der freigewerkschaftlichen Verbände auf den Aprilstreik war somit nicht einheitlich. Örtliche Funktionäre des besonders stark burgfriedlich orientierten Alten Verbands reagierten auf Streiks in erster Linie mit Durchhalteappellen und Vorwürfen an die westlichen Alliierten und die »englischen Großkapitalisten«.<sup>88</sup> Aber solche Durchhalteappelle blieben eine Ausnahme, und es kann keine Rede davon sein, dass die öffentlichen Verlautbarungen der freigewerkschaftlichen Verbände von einem »Herunterspielen der sachlichen Anlässe des Streiks« gekennzeichnet waren, im Gegenteil.<sup>89</sup>

## Fazit

Welche Beobachtungen zum Charakter des Aprilstreiks und seiner Bedeutung in den Massenbewegungen am Ende des Ersten Weltkriegs erlaubt das hier ausgebreitete Material? Dazu im Folgenden einige zusammenfassende Bemerkungen.

Erstens fällt auf, dass der Streik zumindest in Berlin als eine Abfolge von drei miteinander verknüpften, jedoch distinkten Protestformen erscheint. Am ersten Streiktag, dem 16. April, zeigten sich Elemente dessen, was in der Forschung als »communal strikes« bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um eine Protestform, mit der Frauen als Arbeiterinnen und als Konsumentinnen zusammen mit ihren Männern »Regierungsstellen zum Handeln veranlassen« wollen und damit gegen unzumutbare Lebensbedingungen protestieren.<sup>90</sup> Eine wichtige Voraussetzung dafür, die Präsenz von politischen Herrschaftsträgern im Wohnviertel der Streikenden, lag in Berlin nicht vor. Deshalb hatten die Demonstrationzüge, an denen sich Zehntausende von Frauen, Männern und Jugendlichen beteiligten, das Regierungsviertel als Ziel, bevor sie von der Polizei abgedrängt wurden. Plünderungen von Bäckereien und anderen Geschäften, also von Frauen dominierte Protestformen, ergänzten den Arbeitskampf.<sup>91</sup>

87 Theodor Leipart 27.4.1917 an die Redaktion des Vorwärts, in: ebd., S. 357 f. Die Generalkommission schloss sich der Beschwerde Leiparts an. Ebd., S. 357. Vgl. Vorwärts, 27.4.1917.

88 Vgl. das Beispiel aus Recklinghausen bei *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, Zitat: S. 447. Vgl. allerdings den »Mißstände« in der Lebensmittelversorgung klar ansprechenden Aufruf des Verbands »An die Bergarbeiter!«, in: Bergarbeiter-Zeitung, 28.4.1917.

89 So die nicht hinreichend belegte These bei *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 448. Ebd., S. 449, auch die weit überzogene These, die Reaktion der Gewerkschaften habe sich »nur graduell« von der Politik der »gelben«, wirtschaftsfriedlichen Verbände unterschieden.

90 *Klaus Weinhauer*, Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier. Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert, in: *AfS* 38, 1998, S. 337–356, hier: S. 353 f.

91 Die Unruhen in Stettin vom 18. bis zum 21. Juni 1917 zeigen mit ihrer Kombination eines Massenstreiks von etwa 10.000 Arbeitern – darunter allein 6.200 Arbeiter der Vulkanwerft – mit einer Demonstration von Arbeiterinnen vor dem Rathaus und der Entsendung einer Delegation in dasselbe zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung ganz deutlich die Züge eines solchen »communal strike«. Vgl. dazu den Bericht von Hermann v. Vietinghoff, kommandieren-

Am 17. und auch noch am 18. April dominierte dann ganz klar die Handlungsform des betriebsbezogenen Arbeitskampfes. In den zahlreichen Betriebs- und Belegschaftsversammlungen diskutierten Männer und Frauen ihre kollektiven Ziele als Arbeiter.<sup>92</sup> Fragen der Lebenshaltung verschränkten sich dabei mit genuin politischen Themen wie einem Friedensschluss, dem Sturz der Regierung und der internationalen Solidarität der Sozialdemokratie. Ansatzweise bereits am 18. April, ganz ausgeprägt dann in den folgenden Tagen bis zum 23. April, nahm die Bewegung den Charakter eines von Zielen und Vertretern der USPD dominierten politischen Streiks an. Auffällig ist unter anderem, dass sich dabei auch die Ziele der Streikenden veränderten. An den ersten beiden Tagen erhoben sie in verschiedenen Belegschaftsversammlungen die Forderung nach einem Sturz der Regierung und ließen ihre Sympathie mit der revolutionären Umwälzung in Russland erkennen. In den letzten, von der USPD geprägten Streiktagen ging es dagegen mehr um konkrete politische Freiheits- und Demokratieforderungen und einen baldigen Friedensschluss. Man muss nicht so weit gehen wie Arthur Rosenberg, der in seiner Darstellung der Entstehung der Weimarer Republik den aus sieben Punkten bestehenden Forderungskatalog der Leipziger Arbeiter vom 16. April – und damit auch die in etwa gleichlautenden Forderungen, die ab dem 18. April in Berlin erhoben wurden – als ein »bürgerliches Reformprogramm« bezeichnet hat, das im Wesentlichen den Forderungen der Mehrheitsfraktionen des Reichstages um die Jahreswende 1917/18 entsprochen habe. Allein die Forderung nach einer Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, so urteilte Rosenberg zutreffend, hätten die im Interfraktionellen Ausschuss zusammengeschlossenen Parteien »nicht unterschrieben«.<sup>93</sup> Aber Rosenberg traf insofern einen wichtigen Punkt, als er bemerkte, dass vom Streben nach »Sozialismus« in den Leipziger Forderungen »keine Spur« zu finden ist.<sup>94</sup> Gemessen an den in Berlin an den ersten beiden Streiktagen vorgetragenen Attacken gegen die Regierung und den dort deutlich anklingenden Bezugnahmen auf das Vorbild der russischen Revolution bedeutete die Übernahme der Lenkung der Streikbewegung durch die USPD somit zugleich eine Domestizierung und Engführung ihrer Ziele und ihre Verlagerung auf die parlamentarische Ebene.<sup>95</sup>

Zweitens lassen sich Aussagen zu denjenigen Personen und Gruppen treffen, die den Streik organisierten und durchführten, und damit auch zu den Grenzen der

---

der General stv. GK II. AK, 24.6.1917 an das preuß. Kriegsministerium, BArch, R 1501/20096, Bl. 294–297.

92 Bei der Besprechung im Kriegsamt am 26.4.1917 aus Anlass der Streikbewegung erwähnte der Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten, dass solche Betriebsversammlungen, anders als Versammlungen von SPD und USPD, bisher keiner Anmeldepflicht unterlegen hätten. Dies wurde nun geändert. Die freie Durchführung dieser Belegschaftsversammlungen ist als Faktor für die Ermöglichung des Streiks kaum zu überschätzen. Vgl. *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, Bd. 2, Zitat: S. 725.

93 *Arthur Rosenberg*, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (1928/1935), Frankfurt am Main 1988, S. 184 f.

94 Ebd., S. 185.

95 *Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 96, betonte den »revolutionären Charakter« der Bewegung vom 18. April bis zur vollständigen Wiederaufnahme der Arbeit am 23. April. Verglichen damit ist das zugespitzte Urteil von Arthur Rosenberg sehr viel dichter an der historischen Realität.

Streikbewegung. Anders als die DDR-Historiografie es wiederholt behauptet hat, spielte die Spartakusgruppe bei der Durchführung des Streiks keinerlei Rolle. Dies lag nicht nur daran, dass die Spartakusgruppe über keine feste Verbindung zu den oppositionellen Kräften im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Berlin und Leipzig verfügte. Entscheidend war vielmehr, dass die Anhängerschaft der Spartakusgruppe 1917 so gering war, dass sie zur Organisation oder Leitung einer betrieblich basierten Massenbewegung in keiner Weise in der Lage war. Kurt Retzlaw hat berichtet, dass die gesamte Spartakusgruppe des Reichstagswahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland 1917 aus ihm und fünf anderen Personen bestand.<sup>96</sup>

Den Aprilstreik trugen also die betrieblichen Vertrauensmänner und Obleute des Metallarbeiter-Verbands. In Hochburgen der USPD wie Leipzig und Berlin gehörte dessen Basis Anfang 1917 mehrheitlich der Opposition gegen den burgfriedlichen Kurs der Verbandsleitung an.<sup>97</sup> Von entscheidender Bedeutung war, dass in den Betrieben ein seit Längerem bestehendes Netzwerk von aktiven Mitgliedern und Vertrauensleuten des DMV existierte. Eine besondere Rolle spielten dabei offenbar die Arbeiterausschüsse nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes, die in Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern eingerichtet wurden und deren Mitglieder aus dem Kreis der Arbeiter gewählt wurden. Empfehlungen und Beschlüsse dieser Arbeiterausschüsse hatten keine für das Unternehmen bindende Wirkung, und das Gesetz formulierte im Sinne einer sozialharmonischen Konfliktvermeidung als ihre Aufgabe, »das gute Einvernehmen [...] zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern«. Aber die Ausschüsse waren autorisiert, »Wünsche und Beschwerden« zu allen Aspekten der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb zu artikulieren.<sup>98</sup> Die in den Ausschuss gewählten Gewerkschaftsvertreter konnten sich damit nach beiden Seiten – gegenüber den Belegschaften und den Unternehmern – als legitime Interessenvertreter der Arbeiter präsentieren. Auf diese Weise entwickelten sich die Ausschüsse, wie Thomas Welskopp am Beispiel der Hütten- und Walzwerke des Ruhrgebiets gezeigt hat, »sukzessive zu einer über ihre gesetzlichen Grenzen hinausdrängenden betrieblichen Partizipationsbewegung«.<sup>99</sup>

Die Bedeutung eines längerfristig aufgebauten Netzwerkes von Vertrauensleuten und ihrer Tätigkeit in diesen Arbeiterausschüssen zeigt sich auch *ex negativo* in jenen Betrieben, bei denen nur eine ganz geringe Zahl der Beschäftigten am April-

96 *Karl Retzlaw*, Spartakus, Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1971, S. 41. Die Spartakusgruppe hatte in Berlin feste Verbindungen nur zu den freigewerkschaftlichen Verbänden der Handwerksgehilfen und Holzarbeiter. *Ottokar Luban*, Die Berliner Basis der Spartakusgruppe (Herbst 1915 bis Oktober 1918): Soziale Zusammensetzung und Zusammenarbeit mit der Spartakusführung, in: *Hans-Jürgen Mende* (Hrsg.), Anmerkungen zur Geschichte Berlin-Brandenburgs. Ein Kolloquium. Ingo Materna zum 65. Geburtstag, Berlin, 1999, S. 107–113, hier: S. 110 f.

97 Dieser Personenkreis ist nicht mit den sogenannten Revolutionären Obleuten identisch, einer Gruppe, zu der etwa 40 Personen gehörten, während etwa 2.000 Vertrauensleute Zutrittsrechte zur Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des DMV hatten. Vgl. *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 324 f.

98 Text des Gesetzes in *Feldman*, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, S. 424–428, Zitat: S. 426.

99 Vgl. *Thomas Welskopp*, Arbeit und Macht im Hüttenwerk: Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S. 628–631, Zitat: S. 630.

streik beteiligt waren. Dazu zählten die Staatsbetriebe, deren Arbeiter erst seit dem Burgfrieden des Jahres 1914 Mitglieder eines freigewerkschaftlichen Verbands werden konnten. Dazu zählten weiterhin die Betriebe der Firma Siemens, wo der DMV erst in der zweiten Hälfte des Kriegs eine steigende Zahl von Mitgliedern gewinnen konnte. Dabei handelte es sich allerdings um Arbeiter, die erst während des Kriegs neu in das Unternehmen eintraten und deshalb in den Belegschaften noch kaum vernetzt waren. Ein wichtiger Faktor war auch, dass die Unternehmensleitung bei Siemens die Neuwahl der mit dem Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse verschleppte. Die in den Betrieben der Siemens AG bestehenden Arbeiterausschüsse basierten deshalb noch auf den durch die Novelle der Gewerbeordnung 1891 geschaffenen Grundlagen und waren ausschließlich mit Mitgliedern des wirtschaftsfriedlichen, von der Betriebsleitung unterstützten Werkvereins besetzt.<sup>100</sup>

Damit verdeutlicht der Aprilstreik in Berlin und Leipzig, dass die kollektive Handlungsfähigkeit und Militanz der Arbeiterschaft 1917 keineswegs durch die kriegsbedingte Neustrukturierung der Belegschaften ermöglicht wurde, zu der vor allem der Zustrom weiblicher, jugendlicher sowie un- oder angelernter Arbeiter in die Betriebe der Rüstungsindustrie gehörte. Weibliche und jugendliche Arbeiter nahmen am Aprilstreik in großer Zahl teil und äußerten verschiedentlich lautstark ihre Meinung. Aber der entscheidende Faktor, der den Streik ermöglichte und seinen Verlauf bestimmte, war die langjährige innerbetriebliche Präsenz und Vernetzung der Vertrauensmänner des DMV. Wo sie erst seit Kriegsbeginn möglich wurde und deshalb auch 1917 noch lückenhaft war, wie in den Betrieben der Siemens AG und den Staatsbetrieben, blieb eine Beteiligung am Streik weitgehend aus.<sup>101</sup>

Es ist weiterhin nicht zutreffend, dass die burgfriedliche Führung der Berliner Ortsverwaltung des DMV um Adolf Cohen die Front der Streikenden gespalten und dadurch zur raschen Eindämmung des Arbeitskampfes beigetragen hat.<sup>102</sup> Die Streikfront war vielmehr von vornherein lückenhaft und gespalten, da die Arbeiter der Siemens AG und der meisten staatlichen Rüstungsbetriebe sich nicht an ihm beteiligten. Es trifft zu, dass Cohen sich im Sinne der burgfriedlichen Einstellung der Freien Gewerkschaften um eine rasche Beendigung des Streiks bemühte. Aber dies gelang ihm nur deshalb, weil die überwältigende Mehrheit der 200 Betriebsdelegierten am 17. April den vagen Versprechungen der Behörden, die Cohen als Ergebnis vorlegte, zustimmte. Die Mehrheit der Vertrauensmänner des DMV in Berlin stand im April 1917 im Lager der Burgfriedenskritiker und unterstützte eher die USPD. Dennoch gelang es Cohen, die aus diesem Kreis stammenden Betriebsde-

100 Vgl. dazu *Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde*, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 394 und 422–424. Demnach gab es nach Erhebungen des DMV 1902 erst in vier von zehn Berliner Großbetrieben solche nach der Gewerbeordnung eingerichteten Arbeiterausschüsse. Ebd., S. 423.

101 Betriebsspezifische Faktoren kamen als konflikttreibende Faktoren hinzu. So berichtete Wilhelm Groener in der Besprechung am 26. April 1917, dass die »Ungeschicklichkeit der Direktion« ein wichtiger Faktor für die Intensität des Streiks in den Betrieben der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik war. *Deist*, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, Bd. 2, Zitat: S. 731.

102 So *Hoffrogge*, *Working-Class Politics in the German Revolution*, S. 43.

legierten für den Abbruch des Streiks zu gewinnen.<sup>103</sup> Eine »Verletzung demokratischer Spielregeln« durch Cohens Vorgehen lag also nicht vor.<sup>104</sup> Wie die Frage einer in der SPD oder USPD organisierten Arbeiterin nach dem Verbleib der Hindenburgspende in der Riebe AG andeutet, trugen auch die Sonderzuteilungen von Lebensmitteln an Rüstungsarbeiter dazu bei, die Stoßkraft der Streikbewegung zu schwächen.<sup>105</sup> Der Aprilstreik war keine Hungerrevolte, sondern ein Arbeitskampf vor allem der gelernten Metallarbeiter, deren Reallöhne bis 1917 vergleichsweise weniger zurückgegangen waren als die in anderen Branchen, und von denen viele eine Schwerarbeiterzulage zur Lebensmittelration erhielten.<sup>106</sup>

Wie steht es schließlich – drittens – um die Stellung des Aprilstreiks in den Massenbewegungen der zweiten Kriegshälfte? Die in der Literatur üblicherweise für Berlin genannte Zahl von insgesamt 300.000 Streikenden ist deutlich zu hoch. Insgesamt nahmen nicht mehr als 230.000 Berliner Arbeiter am Aprilstreik teil. Erst im Januarstreik 1918 ließ sich eine deutlich größere Zahl von Arbeitern – vermutlich bis zu 400.000 – für den Arbeitskampf mobilisieren.<sup>107</sup> Noch wichtiger ist allerdings, dass das am Rande des Gründungsparteitages der USPD von Vertretern aus Berlin, Leipzig und anderen Städten verabredete Ziel einer breiten, viele Städte zugleich erfassenden Mobilisierungswelle deutlich verfehlt wurde. In allen anderen Hochburgen der USPD blieb ein Streik aus oder erfasste nur wenige, zumeist kleinere Betriebe. Allein in Chemnitz gab es einen von mehreren Tausend Beschäftigten geführten Arbeitskampf, der in der Chronologie und Handlungslogik des mit dem Stichtag 15. April beginnenden Streiks zu sehen ist. Aus all diesen Gründen ist es nicht sinnvoll, den Aprilstreik als eine »Generalprobe für die Novemberrevolution« zu bezeichnen.<sup>108</sup> Diese Theatermetapher ist auch deshalb problematisch, weil sie den Streikenden eine über den aktuellen Streikanlass hinausreichende Zielstrebigkeit unterstellt, die dem disparaten Charakter der Massenbewegungen der Jahre 1917/18 widerspricht. Teleologische Kontinuitätskonstruktionen werden

103 *Opel*, Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, S. 59; zur Entwicklung der Opposition im DMV vgl. *Günther Högl*, Gewerkschaften und USPD von 1916–1922. Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes, Diss., München 1982, S. 36–68; *Marco Swiniartski*, Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung: Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verband im Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 13, 2014, S. 106–123.

104 Vgl. die Kritik am Verhalten der Verbandsführungen bei *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 448.

105 Dazu bereits *Feldman/Kolb/Rürup*, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges, S. 88.

106 Vgl. die Übersicht über die Reallöhne ausgewählter Branchen in Württemberg bei *Mai*, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918, S. 396. Nominalverdienste für verschiedene Branchen bei *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Frankfurt am Main 1988 (zuerst 1973), S. 29.

107 Diese Zahl unter anderem bei *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 309. Nach einem Bericht im »Vorwärts« nennt *Stephen Bailey*, The Berlin Strike of January 1918, in: Central European History 13, 1980, S. 158–174, hier: S. 159, eine Zahl von 300.000 Streikenden.

108 So *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 138.

dem Moment der Diskontinuität, das die Massenbewegungen des Ersten Weltkriegs auszeichnete, nicht gerecht.<sup>109</sup> Wenn man den Aprilstreik in die Geschichte der Massenbewegungen der zweiten Kriegshälfte einordnen will, erscheint die Feststellung zutreffend, dass 1917 eben noch nicht gelang, was dann im Januar 1918 möglich war: die Mobilisierung breiterer Gruppen der Arbeiterschaft zu einem Massenstreik, der in vielen Städten des Reiches gleichzeitig stattfand.

---

109 Ein Beispiel dafür ist *Jens-Uwe Guettel*, Reform, Revolution, and the »Original Catastrophe«: Political Change in Prussia and Germany on the Eve of the First World War, in: *Journal of Modern History* 91, 2019, S. 311–340, hier: S. 329 f., der den Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht im Juni 1916 ohne jeden Beleg in eine Kontinuität mit den Kämpfen für eine preußische Wahlrechtsform 1914 stellt.